

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Dem ideologisch getriebenen Verbot von Öl- und Gasheizungen entschieden entgegentreten – Echter Klimaschutz statt weltfremde Ideologie

Der Landtag wolle beschließen:

Klima-, Natur- und Umweltschutz ist eine Menschheitsaufgabe. Wohlstand und Schutz des Klimas stehen dabei nicht in einem Widerspruch, sondern bedingen einander und können sich gegenseitig sogar fördern. Wichtig dabei ist, die Menschen mitzunehmen, und auf das Prinzip der Marktwirtschaft und der Technologieoffenheit zu setzen. Im Ziel klar und auf dem Weg dahin im Wettbewerb.

Insgesamt betrachtet setzen viele in diesem Zusammenhang auf eine Verbotskultur, statt das Gebot des Förderns in den Mittelpunkt zu rücken. Damit gefährden sie das Ziel des Klimaschutzes und erreichen in weiten Teilen das genaue Gegenteil. Dies betrifft auch den wichtigen Bereich des Wärmesektors.

Ab 2024 soll laut dem Willen der SPD-geführten Bundesregierung der Einbau von Heizungsanlagen auf Basis ausschließlich fossiler Energieträger – vor allem also Gas- und Ölheizungen – nicht mehr gestattet sein. Außerdem sollen Heizkessel, die über 30 Jahre alt sind, in den kommenden Jahren ausgetauscht werden. Zusätzlich müssen die Eigentümer bei jedem Heizungswechsel berücksichtigen, dass spätestens bis zum Jahr 2045 die Nutzung von fossilen Energieträgern endet und danach alle Heizungen vollständig mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Bisherige Ausnahmen für besonders effiziente Ölkessel sollen wegfallen. Von den rund 41 Millionen Haushalten in Deutschland heizt nahezu jeder zweite mit Erdgas, gefolgt von Heizöl mit knapp 25 Prozent und Fernwärme mit gut 14 Prozent.

Bei den neu installierten Heizungen betrug der Anteil von Gasheizungen im Jahr 2021 sogar 70 Prozent. Somit ist die Gasheizung immer noch mit Abstand die meistverkaufte Heizungsart in Deutschland. Im Saarland heizt der überwiegende Teil der Einwohner mit Öl, 260.000 Wohnungen sind betroffen. Ein ideologiegetriebener und unrealistischer Umbau des Gebäudesektors wird für

eine Vielzahl der Bürgerinnen und Bürger ein nahezu unbezahlbares Unterfangen.

Marktwirtschaftlich getriebene Mechanismen fallen einer ausufernden Verbotskultur zum Opfer. Mieter und Eigentümer werden vor Ablauf der Nutzungsdauer und ohne Kenntnis der technisch vorhandenen Möglichkeiten vor massive Kosten gestellt. Hinzu kommen Grenzen der durch Produktion und Handwerk überhaupt einbaubaren Kapazitäten. Es gibt also in der aktuellen Politik von Landesregierung und Bundesregierung hohe und teilweise unüberwindbare finanzielle Hürden, Lieferprobleme und Kapazitätsengpässe, die durch das Handeln der Politik noch befördert werden.

Es braucht echten Schutz für Natur, Umwelt, Mensch und Klima statt Ideologie.

Daher fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- sich vehement gegen ein ideologiegetriebenes Verbot von Öl- und Gasheizungen zu stellen,
- ein landeseigenes Förderprogramm für den Austausch in moderne und effiziente Öl- und Gasheizungen aufzulegen, für die Fälle, bei denen ein anderes Heizungsformat technisch nicht möglich oder unverhältnismäßig ist,
- ein landeseigenes Förderprogramm für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien aufzulegen,
- eine Initiative im Bundesrat für echten Klimaschutz und gegen die bürgerunfreundliche und ideologiegetriebene Verbotspolitik der SPD-geführten Bundesregierung einzubringen,
- ideologiebefreit moderne Technologien zu fördern, um zukünftig auch klassische Heizungen klimaneutral umrüsten zu können,
- Anreize zu schaffen, den klimaneutralen Umbau des Gebäudesektors voranzutreiben, ohne eine Verbotskultur zu etablieren und das erneute Vorziehen der Frist zum Umbau von Heizungsanlagen zu verwerfen,
- eine de-facto-Enteignung der saarländischen Eigenheimbesitzer durch die Hintertür zu verhindern.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.